

Foto: Ruppenhals

Bis die Null steht

Im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen will das Saarland aus der Kohle aussteigen, aber das Tempo ist den Bergbau-Gegnern viel zu langsam

Manfred Josts Nerven liegen blank. Schon wieder schleppt sich ein mit Bauschutt voll beladener Laster die schmale Straße vor seinem Küchenfenster hinauf. Der ohrenbetäubende Lärm der Presslufthammer, die rissigen Fassaden den Rest geben, liegt wie ein Fluch über Völklingens Stadtteil Fürstenhausen. Noch vor zehn Jahren galt der Ort als die schönste Wohngegend im Saarland, Dutzende junger Familien zogen hierher. „Heute“, sagt Jost, Gründer

und zugleich Sprecher der Gemeinschaft Bergbaugeschädigter an der Saar, „ist das hier eine riesige, durch den Bergbau verursachte Baustelle.“ Er zeigt aus dem Fenster. „Fast jedes Haus bei uns steht schief oder hat Risse, beinahe hundert müssen von Grund auf saniert werden, viele stehen wegen Unbewohnbarkeit leer.“ Jost holt tief Luft: „Das Leben ist für die meisten Menschen hier zur Hölle geworden.“

Direkt unter Fürstenhausen bauen die Bergleute der Deutschen Steinkohle AG (DSK) in einer Tiefe

von knapp 1.000 Metern Kohle ab. Sie erschließen das Westfeld der Grube Warndt/Luisenthal, neben der Zeche Ensdorf das einzige Bergwerk, das im Saarland noch verblieben ist. Das Dilemma: Hohlräume, die durch den Abbau entstehen, werden anschließend nicht verfüllt. Der Berg stürzt ein, Absenkungen an der Erdoberfläche sind die Folge. „Drei bis vier Meter waren es in den vergangenen Jahren“, weiß Jost, der sein Geld als Beamter im Saarbrücker Sozialministerium verdient.

Weitere neun bis zwölf Meter, so sagen Experten, werden folgen, wenn der Bergbau in dieser Region bis zum Jahr 2012 – so lange gilt der Rahmenbetriebsplan für die Grube Warndt/Luisenthal – fortgesetzt wird.

Ungeachtet der Schäden will die DSK, nach dem Kauf der Saarbergwerke AG im Jahr 1998 alleiniger Eigentümer der beiden saarländi-

chen zu schaffen und den Strukturwandel zu bewältigen, heißt es aus seiner Staatskanzlei. Ansonsten bleibt der CDU-Ministerpräsident – zumindest vorerst – wortkarg. Wann konkret das Licht der letzten Grubenlampe im Saarland erlöschen soll, verrät er noch nicht. Energiefachleute gehen davon aus, dass in spätestens zehn Jahren mit dem Bergbau an der Saar Schluss ist. Die Zahl der

und winkt ab. Josts Ungeduld ist verständlich: Während des Wahlkampfs 1999 hatte Müller der Bergbaugeschädigten-Initiative schriftlich zugesagt, dass die CDU „zusätzliche weitere Abbauvorhaben unter bewohntem Gebiet ablehnt.“ Dieses Versprechen konnte der neue Regierungschef nicht halten. Anfang 2001 gab es die Genehmigung für den weiteren Abbau im Westfeld unter der Grube Warndt/Luisenthal. Ansonsten hätte, so musste Müller einräumen, das Saarland der DSK einige Millionen Mark an Schadensersatz zahlen müssen.

Auch bei den Bergbau-Befürwortern, was nachvollziehbar ist, steht der schwarzhaarige Müller in der Kritik. Namentlich für Bundeswirtschaftsminister Werner Müller hat sich der CDU-Chef an der Saar zu weit aus dem Fenster gelehnt: „Peter Müller will die Kohle platt machen“, schallt es vorwurfsvoll von der Spree zur Saar herüber. Mitte April hielt der frühere Veba-Manager dem CDU-Mann bei einer Veranstal-

Mit Strukturhilfen aus Brüssel und Berlin sollen an der Saar neue Arbeitsplätze entstehen

schon Gruben, bis 2012 weiterbuddeln. Der Energiekonzern zahlt lieber Sanierungsgelder von jährlich mehreren hunderttausend Euro an die Bergbaugeschädigten als den Untertagebau an der Saar einzustellen. „Ohne Kohle“, behauptet Karlheinz Pohmer, Sprecher der DSK in Saarbrücken, „kann die Energieversorgung des Saarlandes nicht gewährleistet werden.“ Für Jost, die Bergbaugeschädigten und die wachsende Gruppe der Bergbau-Gegner steht dagegen fest: „Der Abbau, der unser Leben kaputt macht, muss sofort und für immer aufhören.“

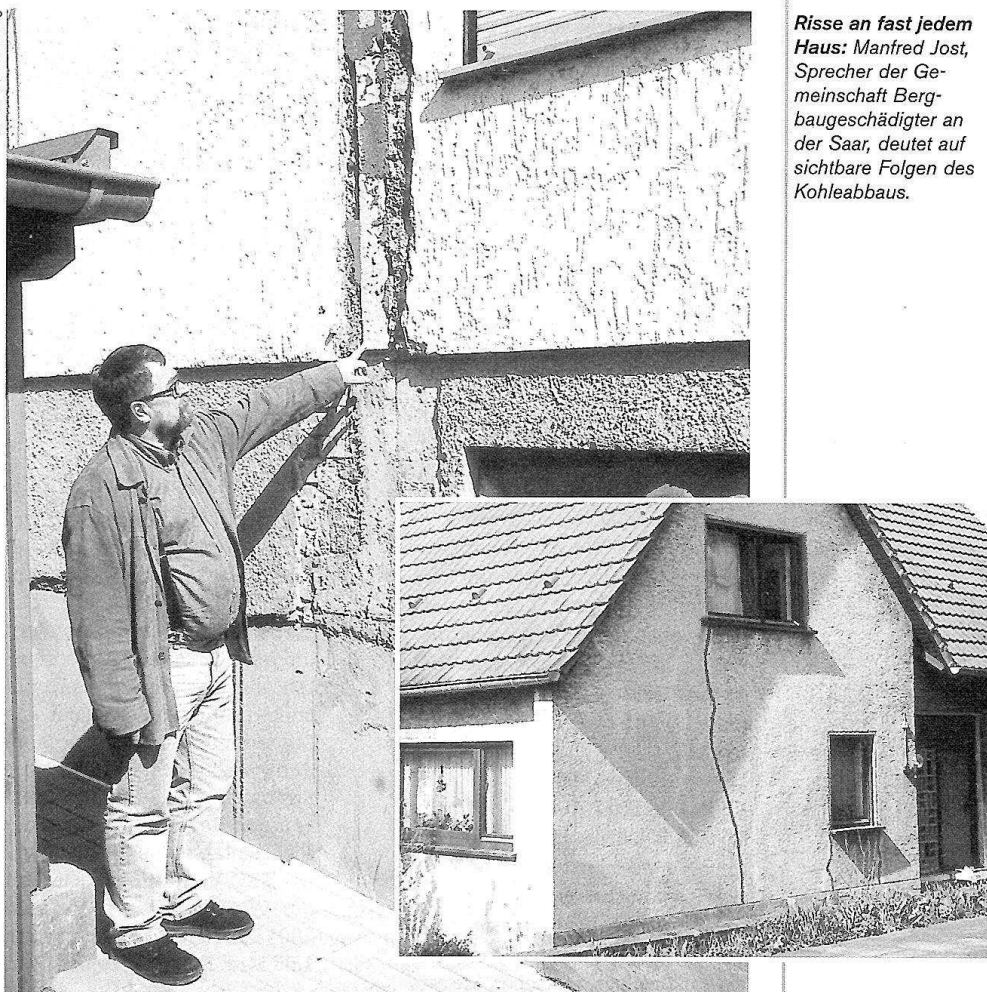
Doch nicht nur in der Bevölkerung kippt die Stimmung. Auch die Politik im Land hat inzwischen realisiert, dass der Bergbau eine endliche Veranstaltung sein muss. Hatte Saarlands ehemaliger sozialdemokratischer Ministerpräsident Reinhard Klimmt noch Ende der Neunzigerjahre vollmundig verkündet, der Untertagebau werde im Saarland noch bis zum Jahr 2050 stattfinden, hat sein Nachfolger, Peter Müller von der CDU, nur eines im Sinn: „Wir müssen aussteigen – zwar sozialverträglich, aber konsequent.“ Und das ist das Neue: Erstmals tritt ein Regierungschef an der Saar für das Ende des Bergbaus ein, bei der dortigen Tradition des schwarzen Golds Sakrileg und Zeitenwende zugleich.

Müller, der bei der Zuwanderungs-Debatte in seiner Partei an Profil und bundesweit an Bekanntheit gewonnen hat, belässt es nicht nur bei Worten: Der rührige Saarländer setzt sich in Brüssel und Berlin dafür ein, dass die Revierländer zusätzliche Strukturhilfen bekommen. Diese Gelder seien nötig, um neue Arbeitsplätze in Zukunftsberei-

knapp 9.000 Bergmänner an der Saar soll, so interpretieren die Experten Müllers Pläne, jährlich um 1.000 abgebaut werden. Bis die Null steht. Offiziell ist dies jedoch nicht.

Bergbau-Gegnern wie Manfred Jost stinkt Müllers Zurückhaltung. „Der redet immer von einem Gleitflug aus dem Bergbau – er sollte lieber zu einer punktgenauen Landung ansetzen und endlich Tacheles reden“, betont er

Fotos (2): Renzing



Risse an fast jedem Haus: Manfred Jost, Sprecher der Gemeinschaft Bergbaugeschädigter an der Saar, deutet auf sichtbare Folgen des Kohleabbaus.

tung in Saarbrücken vor, den Verbund Kohle-Strom „mutwillig zu zerstören.“ Müller wörtlich: „Ich wehre mich dagegen, den Begriff Strukturwandel zu gebrauchen für Dinge, die gesund laufen. Das ist doch eine Perversion des Wortes Strukturwandel.“

Dass auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Wolfgang Clement zum Chor der Müller-Kritiker

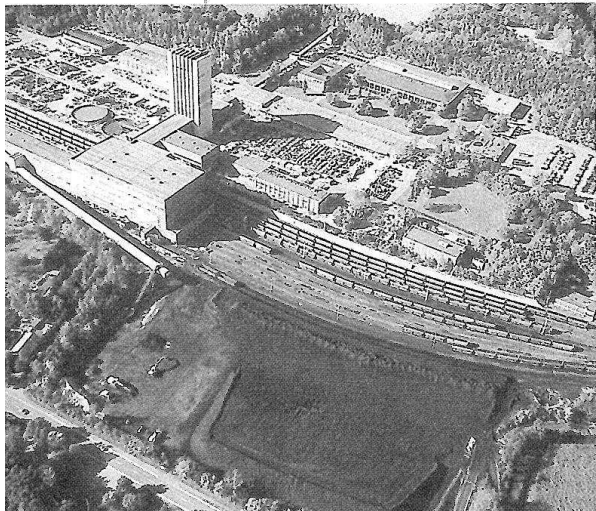


Foto: Becker/Breidel

Eins der beiden Bergwerke im Saarland: Die Grube „Warndt/Luisenthal“

gehört, kann nicht verwundern: „Einen Auslauf- oder Museumsbergbau können wir uns nicht leisten“, ermahnt der Kohle-Freund den Saarländer und lässt den Hinweis folgen, dass es ein Anliegen aller Revierländer sein müsse, sich gemeinsam für einen Abbau bis mindestens 2015 stark zu machen.

An der Saar pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass Peter Müller dennoch bald ein konkretes Kohle-Ausstiegsszenario fürs Saarland vorlegt. Ehe der CDU-Chef diesen Schritt aber wagt, wartet er auf ein eindeutiges Zeichen aus Brüssel. „Wir verlangen von der Europäischen Kommission, dass sie ein handfestes Konzept vorgibt, nach dem wir uns richten können“, betont Christoph Schröder, Sprecher des saarländischen Wirtschaftsministeriums, „schließlich bestimmt die Kommission, wie lange der Bergbau noch subventioniert wird und wann Schluss sein soll.“ In der Tat: Der Vertrag der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS-Vertrag) läuft Ende Juli aus. Eine Anschlussregelung, die die grundsätzliche Zulässigkeit staatlicher Subventionen an die Steinkohle regelt, muss erst noch getroffen werden. Davon hängt die Zukunft der deutschen Stein-

kohle sowie das weitere Vorgehen vom Bund und der (Kohle-)Länder ab (siehe Seite 24).

Wenn, wie in Brüssel diskutiert wird, nach dem Jahr 2007 keine Kohle-Milliarden mehr gewährt werden dürfen, müssen die Beschäftigten der Zechen Warndt/Luisenthal und Ensdorf zittern. Immerhin kostet eine Tonne Saar-Kohle 150 Euro. Das ist mehr als dreimal soviel wie eine Tonne Importkohle aus den USA oder Australien. Mit den Beihilfen wird die Saar-Kohle auf Weltmarktpreise herunter subventioniert. „Volkswirtschaftlicher Wahnsinn“, kommentiert Bergbaugegner Jost. „Die Kommission wird dem einen Rie-

gel vorschieben“, ist er sich ziemlich sicher.

Dabei hat das schwarze Gold das Saarland in den Fünfziger- und Sechzigerjahren zu einer der reichsten Regionen in Europa gemacht. 16,2 Millionen Tonnen förderten die Bergarbeiter allein im Jahr 1960. Knapp 53.000 Menschen waren seinerzeit im Saarbergbau beschäftigt; zwölf Gruben waren in Betrieb – dem Land ging es gut. Mickrige fünf bis 5,5 Millionen Tonnen sind es heute. Gerade einmal 9.055 Beschäftigte zählt der Bergbau zurzeit noch. Damit hat die „Saarkohle“ innerhalb von fünfzig Jahren um gut 80 Prozent abgespeckt.

Werner Müllers Rechenkünste

Bundesverband Erneuerbare Energie widerlegt die Mär der zu hohen Windförderung

Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, Freund der großen Energiekonzerne und der Kohle, hat wieder einmal zugeschlagen. „Für jeden Arbeitsplatz in der Windenergie gibt der Steuerzahler 350.000 Mark und für einen Arbeitsplatz im Bergbau 100.000 Mark aus“, heischte er Mitte April auf einer Kohle-Veranstaltung in bester Vorwahlkampfmanier um Sympathien der Steinkohle-Freunde.

Bei Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), hat Müllers Aussage nur Kopfschütteln ausgelöst. Er hält dem Wirtschaftsminister nicht nur falsche Rechenkünste, sondern auch ein falsches Verständnis von Subventionspolitik vor. Die Klarstellung des BEE im Einzelnen:

1. Bei der Vergütung des Ökostroms nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) handelt es sich nicht um eine staatliche Subvention, sondern um eine Umlage von Mehrkosten auf alle Energieverbraucher. Damit zahlen nicht die Steuerzahler allgemein, sondern verursachergerecht die Stromverbraucher nach ihrem eigenen Bedarf die Kosten der Elektrizitätserzeugung.
2. Die EEG-Vergütungskosten für die Windkraft lagen im Jahr 2001 etwa bei umgerechnet 1,05 Mrd. Euro (für 11,5 Milliar-

den Kilowattstunden). Die vergüteten Mehrkosten liegen je nach Vergleichsgröße für konventionelle Kraftwerke (Minimum: Marktpreis 2,5 Cent/kWh; Maximum: Erzeugungskosten inklusive vermiedener Netzkosten 4,9 Cent/kWh) zwischen 488 Mio. € und 770 Mio. €. Bei 35.000 Beschäftigten in der Windbranche ergibt das eine „Mehrkostenvergütung“ von 13.900 bis 22.000 € pro Arbeitsplatz. Die von Müller genannte Zahl ist also um Faktor acht bis zwölf zu hoch gegriffen.

3. Die Differenz zwischen den staatlichen Subventionen für den Steinkohlebergbau (51.000 €/Arbeitsplatz) und der realistischen „Mehrkostenvergütung“ für die Windkraft (13.900 €/Arbeitsplatz) vergrößert sich noch mehr, wenn zu den Abbaukosten bei der Steinkohle die externen Kosten bei der Energieerzeugung addiert werden, die von der Allgemeinheit getragen werden. Innerhalb der europäischen ExternE-Studie sind für Steinkohlestrom beispielsweise Werte von 5,8 bis 8,2 Cent/kWh ermittelt worden (Vergleich Windenergie: 0,1 Cent/kWh). Werden diese Werte berücksichtigt so ist die Stromerzeugung aus Steinkohle bereits schon heute teurer als die Erzeugung von Windstrom.

Diesen Trend will die saarländische CDU-Alleinregierung jetzt forcieren, die Null muss stehen. Eine große Herausforderung. Denn für die Bergleute und auch die Beschäftigten der Zuliefererfirmen müssen neue Jobs her. „Wie will Müller das schaffen?“, fragt sich Michael Riedel,

der Saar sichern, solange es im Saarland noch Kohle gibt.

Müller und seine Crew lassen sich jedoch von den Einwänden der Bergbau-Befürworter nicht von ihrem Kurs abbringen. „Die Strukturen in unserem Land haben sich bereits verändert“, betont Markus Kör-

Eine Tonne Saar-Kohle kostet 150 Euro – dreimal so viel wie Importkohle aus den USA oder Australien

Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Energie und Chemie (IGBCE) im Saarland. Der Kohlemann rechnet vor: „190 neue Unternehmen müssten sich an der Saar ansiedeln, um den Wegfall der Arbeitsplätze im Bergbau zu kompensieren.“ Und er fügt hinzu: „Ein Land, das am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängt, wird den Strukturwandel so kurzfristig nicht packen.“ Riedel geht deshalb davon aus, dass Brüssel und in zweiter Linie der Bund die Finanzierung für ein Weiterlaufen des Bergbaus an-

bel, Leiter des Referats für Energie, Kohlenpolitik, Bergbau und Montanindustrie im Wirtschaftsministerium. So seien vor allem im Bereich der Dienstleistungen und der Informationstechnologie (IT) neue Arbeitsplätze entstanden. Außerdem bestehe im Saarland ein akuter Mangel an Facharbeitern, vor allem in der boomenden Automobilindustrie. „Dadurch ergeben sich für die Bergarbeiter neue Chancen“, ist Körbel optimistisch. Dass die Hauer und Steiger von gestern allerdings morgen Ar-

Die Steinkohle auf dem absteigenden Ast



beit im Bereich der Ökoenergien finden, daran glaubt er nicht. „Das Saarland wird kein Ökoland werden“, orakelt Körbel und fügt hinzu: Auch in Zukunft werde es hier Großkraftwerke geben, die entweder mit Importkohle oder Erdgas laufen.

Das sieht Professor Uwe Lep- rich, stellvertretender Leiter des von der Landesregierung geförder-

ten Instituts für ZukunftsEnergie-Systeme (IZES) an der Hochschule in Saarbrücken, allerdings anders: „Im liberalisierten Strommarkt stellt der Bau von Großkraftwerken ein Risiko dar, das die Investoren nach Möglichkeit umschiffen werden. Dezentrale Anlagen und die Ökoenergien, zusammenschaltet als „virtuelle“ Kraftwerke, sind die technologische, ökologische und wettbewerbliche Antwort auf die Liberalisierung – und hier werden die zukunftssicheren Arbeitsplätze in der Region entstehen.“

Ministerpräsident Peter Müller sieht sich mit seinem Kohle-Ausstieg unterdessen auf einem guten Weg. Er ist sich sicher, dass auch Werner Müller, Kanzler Gerhard Schröder und Wolfgang Clement nach der Bundestagswahl und der nächsten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auf die Seite derer wechseln werden, die sich wie die saarländische Landesregierung für den Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau aussprechen. „Die wollen doch bloß wiedergewählt werden“, hält Chris-



Foto: Hiegele

toph Schröder aus dem Saar-Wirtschaftsministerium das Vorgehen der Politiker für bloßes Wahlkampfgeplänkel und den Versuch, sich die Stimmen der mächtigen Bergbau-Lobbyisten zu sichern. „In Wahrheit wissen die doch auch, dass die Steinkohle in Deutschland keine Zukunft hat.“

Auf welchen Kurs sich Brüssel, Berlin und schließlich Saarbrücken

letztlich auch einigen werden, für Manfred Jost und die Tausenden Bergbaugeschädigten im Land ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen. Ihre Häuser sind zerstört, ihr Leben hat an Qualität verloren. Doch sie kämpfen weiter – damit ihren Kindern der ohrenbetäubende Lärm der Presslufthammer erspart bleibt.

Text: Sascha Rentzing